

Professor Dr. RICHARD LÖWENTHAL

Magnifizenz, sehr verehrter Herr Burkhardt,  
 liebe Freunde und Kollegen, meine Damen und Herren,

es ist für mich, der sprechen und insbesondere politisch-wissenschaftliches Sprechen seit vielen Jahren gewohnt ist, nicht einfach, bei dieser Gelegenheit zu sprechen. Das liegt daran, daß ich in gewisser Weise betroffen und gerührt bin von dem, was über mich gesagt worden ist und was mir zeigt, wie viele Freunde ich in diesem Kreise habe. Es ist auch ein Problem aus einem sehr viel simpleren Grunde. Ich habe im allgemeinen frei gesprochen, ich habe für die heutige Gelegenheit einen geschriebenen Text vorbereitet und der ist für den Zweck zu lang geworden. Und die Aufgabe, mich damit herumschlagen, darin habe ich viel weniger Erfahrung. Ich werde aber trotzdem versuchen, den sehr weitgehenden, positiven Äußerungen, die ich eben über mich gehört habe und die mich gerührt haben, wenigstens halbwegs partiell zu entsprechen. Mein Thema lautet:

### Von der Aufklärung über die Weltrolle Europas bis zu seiner Teilung

Das Europa, von dessen neuzeitlicher Entwicklung und gegenwärtigen Problemen ich zu Ihnen sprechen will, ist **nicht** das geographisch definierte "Europa vom Atlantik bis zum Ural", das niemals eine kulturelle und im wesentlichen auch keine geschichtliche Einheit war: Es ist **enger** als der "europäische Kontinent". Es ist aber auch **nicht nur** das durch die Entwicklung seit dem Ende des zweiten Weltkriegs entstandene "Europa" der gemeinsamen politischen, militärischen und ökonomischen Institutionen - das aktuell-politisch definierte "Europa vom Atlantik bis zur Elbe", dessen Begrenzung der zentrale Ausdruck der europäischen Krise unserer Zeit ist: Es ist **weiter** als das Europa der Westmächte. Es ist vielmehr das sehr viel ältere Europa einer bei allen nationalen Verschiedenheiten im Kern aus gemeinsamen Wurzeln entstandenen Kultur -

das Europa des einst sogenannten "christlichen Abendlandes", das sich seinerzeit aus der Spaltung zwischen römischem und byzantinischem Christentum und ihren politischen und kulturellen Unterschieden entwickelte und das heute noch kulturell vom Atlantik bis zur sowjetischen Grenze und im Baltikum und Teilen der Ukraine darüber hinaus reicht.

Es ist natürlich nicht meine Absicht, einen Vortrag über entscheidende Veränderungen Europas in den letzten drei Jahrhunderten mit Rückgriffen auf die so viel ältere Spaltung zwischen römischem und byzantinischem Christentum zu belasten. Doch es scheint mir notwendig, einleitend darauf hinzuweisen, daß aus jener Spaltung auf der abendländischen Seite eine Reihe von ursprünglich religiös begründeten, aber das diesseitige Verhalten und damit auch die geschichtliche Entwicklung in einzigartiger Weise verändernden **Werthaltungen** und **Institutionen** hervorgegangen sind, die im byzantinisch-russischen Bereich mit seiner Konzentration des Glaubens auf die Innerlichkeit lange Zeit entweder überhaupt nicht oder nur in Ansätzen entwickelt wurden.

Ich nenne unter den europäischen Werthaltungen die Betonung der Vernunft, die im Rahmen der europäischen Kirche und nur hier die Scholastik hervorgebracht und damit die Voraussetzung für die spätere Entwicklung der Grundlagen einer anders orientierten, nämlich weltlichen Wissenschaft schuf. Ich nenne den Glauben an die Einzigartigkeit des Individuums, das mit unaufhebbaren Pflichten, aber auch mit unverletzlichen Rechten (wenn auch zunächst keineswegs **gleichen** Rechten) geboren wird - einen Glauben, der im Ost-Christentum nicht geleugnet, aber weit weniger betont wurde. Ich nenne den Glauben an die bindende Kraft einer freiwillig eingegangenen, die Blutsbande transzendierenden Gemeinschaft, der in Ost und West gleichermaßen aus jener christlichen Urgemeinde entsprang, in der Freie und Sklaven, Juden und Heiden sich vereinten - ein Glaube, der überall gegen den älteren Primat der Blutsgemeinschaft zu kämpfen hatte, aber nur im Westen wesentlich zur Entwicklung sich selbst verwaltender Städte beitrug. Ich nenne die Betonung

einer die Sphären von Individuum und Gemeinschaft abgrenzenden Rechtsordnung, die teils als staatliche Ordnung gemäß den Satzungen von Rom und Byzanz, teils durch Übernahme der Gewohnheitsrechte etwa der germanischen Stämme weiterentwickelt wurde, aber wiederum im Westen eine stärkere Durchschlagskraft zeigte. Und ich denke ganz wesentlich an die Entwicklung eines positiven Werts der Arbeit, der sich nicht mit dem biblischen Fluch des "im Schweiß Deines Angesichts" begnügte, sondern im Geiste des "Ora et Labora" der westlichen Klöster die Arbeit als Band zwischen den Menschen und als Sinnerfüllung des diesseitigen Lebens verstand.

Diese Liste abendländischer Grundwerte ist gewiß unvollständig; erst recht ist der Sinn ihrer Aufzählung nicht die Behauptung, daß **jeder** dieser Werte hier und nur hier entwickelt worden sei. Wohl aber kann man sagen, daß die gleiche **Kombination** von Werten am Ausgang keiner anderen Zivilisation gestanden und den Charakter ihrer weiteren Entwicklung bestimmt hat.

Der Eigenart dieser für die abendländische Kultur konstitutiven Werte hat nun die Eigenart ihrer früh entwickelten Institutionen entsprochen; ich habe sie einmal die Institutionen der durch Vielfalt begründeten Freiheitsräume genannt. An erster Stelle ist hier der konstitutive Dualismus von geistlicher und weltlicher Gewalt zu nennen, der gewiß im Abendland so wenig mit absoluter Konsequenz durchgeführt wurde, wie der Cäsaropapismus in Byzanz und dem Zarenreich, aber ganz zweifellos ein entscheidender Ausgangspunkt der westlichen Vielfalt, ihrer zeitweise verhängnisvollen Schwächen **und** ihrer bleibenden Produktivität gewesen ist. Vielfalt lag auch in der frühen Herausbildung von "Ständen", deren Mitglieder jahrhundertlang Rechte verschiedenen Ranges vertraten und diese Rangunterschiede lange Zeit auch dort noch behielten, wo sie bereits in gemeinsamen Parlamenten saßen. Doch erstens waren die Angehörigen keines abendländischen Standes rechtlos; hier wurden keine Sklaven und keine Unberührbaren geschaffen. Zweitens war die Zugehörigkeit zu verschiedenen Ständen zwar klar abgegrenzt, aber nicht mit Kastenstarrheit völlig abgeschlossen: Die

Mitglieder wurden normalerweise in ihre Stände hineingeboren, doch es gab immer Wege des Aufstiegs für einzelne - durch Ehrung von "oben" - durch Eintritt in den geistlichen Stand und nicht zuletzt durch die Flucht bisher leibeigener Bauern in die Stadt. Und drittens waren die Stände nicht nur Untertanen des Herrschers und seiner Beauftragten - sie hatten im Prinzip den Rechtsanspruch, in Vertretung ihrer Interessen bei wichtigen Entscheidungen befragt zu werden; und so gewiß die Wirkung dieses Anspruchs in den meisten westlichen Ländern für lange Jahrhunderte höchst ungewiß war, war er dennoch der erste Vorläufer einer demokratischen Staatsordnung seit den quasi-demokratischen Institutionen von Hellas und Rom.

Am weitesten entwickelt aber war schon in den frühen Jahrhunderten des Abendlandes die sich selbst verwaltende und verteidigende Stadt, die ein teilweises Vorbild in der antiken Polis, aber spätere Parallelen nur vorübergehend am Westrande des Zarenreiches unter dem Einfluß westlichen Handelns und zeitweise in Japan hatte. Herrscher- und Klientenstädte, Garnisons- und auch Handelsstädte hat es in allen Reichen der Geschichte gegeben. Bürgerstädte mit anerkannten Rechten, Städte als verschworene Gemeinschaften gab es, von den genannten Ausnahmen abgesehen, nur in der Antike - und im Abendland. Und schließlich ist im Abendland auch die schöpferische Institution der Universität entstanden und hat sich von der Auslegung religiöser Dogmen und rechtlicher Systeme zur Stätte freier wissenschaftlicher Forschung entwickelt.

Für die einzigartige Entwicklung des Abendlandes war nun entscheidend, daß seine grundlegenden Werte und Institutionen sich in ihrer Geschichte wieder und wieder fähig erwiesen, unter geschichtlich neuen Bedingungen neu interpretiert zu werden, ohne deshalb notwendig ihre Glaubwürdigkeit, und damit ihre politische und soziale Wirksamkeit, zu verlieren. Nicht als ob diese Umdeutungen der grundlegenden Werte und Institutionen jemals leicht und kampflös gewesen wären; man kann im Gegenteil die Geschichte Europas als die Geschichte der Konflikte um solche Umdeutungen schreiben, von denen viele in

blutigen Kämpfen entschieden wurden und manche sich über Jahrhunderte hinstreckten. Doch historisch ist wesentlich, daß in der Geschichte des Abendlandes solche Umdeutungen der grundlegenden Werte und Institutionen wieder und wieder unter Wahrung einer erkennbaren Kontinuität der europäischen Eigenart gelungen sind. Hier liegt nach meiner Überzeugung die eigentliche Antwort auf die Frage, warum das Abendland, das bei seiner ersten Erscheinung im Umkreis Karls des Großen hinter der Macht, dem Reichtum und der Ausstrahlung von Byzanz, und noch Jahrhunderte später hinter dem islamischen Reich der Abassiden weit zurück war, sich in späteren Zeiten zu einer noch am Beginn unseres Jahrhunderts einzigartigen Weltrolle erheben konnte - und dies ohne die Kontrolle einer das ganze kulturelle Gebiet beherrschenden Weltmacht!

Ich kann im Rahmen meines heutigen Themas natürlich nicht versuchen, auf die Entwicklung des Abendlandes im Mittelalter einzugehen. Ich will nur daran erinnern, daß die allmähliche Zunahme des die Staaten übergreifenden Handels und Verkehrs die Durchführung des traditionellen religiösen Zinsverbots unhaltbar machte und damit zu seiner Verletzung durch kirchliche Institutionen, aber auch zur volkstümlichen Kritik dieser Institutionen beitrug, während ganz andere Zweifel am traditionellen christlichen Weltbild von ganz anderen Schichten aus der Wiedererweckung der antiken Literatur, aus den ersten großen Erfahrungen des außereuropäischen Seeverkehrs und aus den ersten neuen Entdeckungen der Naturwissenschaft gezogen wurden. Renaissance, Entdeckung Amerikas und Verbreiterung der wirtschaftlichen Aktivität gehörten so unabhängig voneinander zu den Faktoren, die Voraussetzungen für die Reformation schufen - und damit für die bitteren, die Länder des abendländischen Christentums verheerenden Kämpfe zwischen Reformation und Gegenreformation, die ein Jahrhundert nach Martin Luthers Thesen im Dreißigjährigen Krieg mündeten.

Die blutigen Schlachten des 16. und 17. Jahrhunderts haben die Tatsache nicht ändern können, daß Protestantismus und Katholizismus bei allen Gegensätzen derselben Wurzel nicht nur des

Christentums, sondern des abendländischen Christentums entstammen. Doch sie haben zunächst dazu beigetragen, daß die bedeutendsten Denker dieser Zeit, ob sie sich nun ausdrücklich auf ihren christlichen Glauben bezogen oder nicht, sich im wesentlichen mit dem Aufbau eines neuen philosophischen und wissenschaftlichen Weltbildes beschäftigten, dessen Begründung von diesem Glauben unabhängig war. Das galt, trotz ausdrücklicher Berufung auf das Christentum, für Descartes und viele - aber nicht für alle - seiner philosophischen Nachfolger. Es galt, überwiegend ohne solche Berufung, für jene diesseitigen Denker des 18. Jahrhunderts, die als "Aufklärer" in die Geschichte Europas und des in seiner Entstehung von europäischem Denken geprägten Amerikas eingegangen sind.

\*

Die Aufklärung war die erste breite europäische Bewegung, die von keinem Zentrum her organisiert war. Neben den Staaten und den Kirchen war sie eine geistige Macht, die mit einer relativ kleinen Anzahl schöpferischer Träger im Laufe des 18. Jahrhunderts eine breite, kulturverändernde Wirkung auslöste - und zwar von Anfang an über die Staatsgrenzen hinweg. Mit der ihr eigenen Freigläubigkeit ging sie auch über die Glaubensgrenzen hinaus: Sie war im protestantischen England und im protestantischen Teil Deutschlands natürlich zu Hause, und im katholisch-absolutistischen Frankreich eine kritische und eben darum noch wirksamere Macht. Ihr philosophisches Denken baute auf den neuen Denkformen des vorhergehenden Jahrhunderts, ihr politisch-kritisches Denken nicht zuletzt auf den englischen Revolutionen der gleichen Zeit auf - man denke an Montesquieus eigenwillige Interpretation des britischen Parlamentarismus und an ihre Weiterwirkung durch den amerikanischen Aufklärer Jefferson! Doch die Aufklärer ergriffen und verbreiteten die Entdeckungen der Naturwissenschaft nicht weniger als die der Philosophie, die Neuerungen der Ökonomie nicht weniger als die der Medizin - und sie fanden ihr persönlichstes Vorbild in der Geschichte der Antike.

In ihrer spontanen Entwicklung war die Aufklärung so ein Produkt gemeinsamer neuer europäischer Probleme und Entdeckungen, nicht aber eines gemeinsamen europäischen oder auch nur nationalen Konzepts: Ein Hinweis auf die englischen Namen von Locke, Hume und Adam Smith, die französischen von Montesquieu, Rousseau, Diderot und Voltaire, die deutschen von Lessing, Friedrich dem Großen und Kant sollte genügen, um das zu belegen. So gewiß die voneinander unabhängigen, aber im Kern verwandten Erklärungen der Menschenrechte in der amerikanischen und der großen französischen Revolution zu den eindrucksvollsten Werken der Aufklärung gehören, so gewiß ist die mit den Prinzipien der Menschenrechte unvereinbare Herrschaft des Comité du Salut Public und ihr Terror nicht denkbar ohne die Lehren des großen Aufklärers Rousseau - und zwar unabhängig von dem Streit der Historiker darüber, ob diese Revolutionäre Rousseaus Gedanken richtig oder falsch verstanden haben. Das gilt erst recht für den Einfluß der radikalsten französischen Aufklärer auf die Ideen des Gracchus Babeuf, der niemals an die Macht kam, dessen neuartige Vorstellung einer Parteidiktatur sich aber im 19. Jahrhundert auf Blanqui und von diesem auf den russischen Revolutionär Tkatschew fortsetzte - von dem der junge Lenin anerkanntermaßen wichtige Elemente seines politischen Denkens lernte, die er nicht bei Karl Marx hätte finden können.

All dies beweist keineswegs die These der konservativen "Gegenaufklärung", daß die Aufklärung durch ihre Trennung des politischen Denkens von den Lehren der Kirche Frankreich, und darüber hinaus Europa, dem Terror preisgegeben habe. Vielmehr war eine enorme Bereicherung des politischen Denkens in ganz Europa, und in dem neu entstehenden Amerika, das Resultat der verschiedensten Ideen der Aufklärung; aber es gab niemals die Politik der Aufklärung. Die Politik des Comité du Salut Public war verhängnisvoll und endete mit dem Sturz ihrer Führer, doch sie war **nicht** das Ende der großen französischen Revolution.

Um die Gesamtwirkung dieser Revolution auf Frankreich und Europa zu verstehen, muß man neben den bis heute wirksamen

Idealen der Menschenrechte und neben der verhängnisvollen Verirrung des Comité du Salut Public ihren längsten und in gewissem Sinne widersprüchlichsten Teil mit einbeziehen - den napoleonischen Teil. Die extreme Radikalisierung der Revolution war in der Abwehr ausländischer Versuche entstanden, den von der großen Mehrheit des Volkes gewollten Sturz der Monarchie durch militärischen Angriff von außen rückgängig zu machen - und diese äußere Bedrohung verschwand nicht mit dem Sturz von Robespierre. Ein entscheidendes Produkt der Revolution war die Schaffung des ersten Volksheeres in der modernen Welt, und Bonapartes Aufstieg war ihre Folge. Doch Bonaparte war nicht nur ein Heerführer, der die immer weitere Ausdehnung der kriegerischen Konflikte von England bis Rußland als unvermeidlich und als Chance seiner unbegrenzten Machtausdehnung hinnahm; er war auch ein eigenwilliges Produkt der Aufklärung in dem Sinne, daß er in den Ländern, die in seine Gewalt kamen, systematisch modernere Rechtsformen erfolgreich einführte - nur ohne politische Rechte! Der gigantische Versuch mußte scheitern, schon weil er tollkühn genug war, seine Macht auf ganz Europa ausdehnen zu wollen. Das weise Europäertum der Aufklärung hatte die selbständige Erneuerung der gegebenen Staaten als Grundlage der Kooperation erkannt. Doch am Ende der napoleonischen Ära stand zwar auf kurze Sicht die Niederlage Frankreichs und die Wiederherstellung des Ancien Regime in Frankreich und Europa, doch um 1830 war die friedliche Modernisierung selbständiger europäischer Staaten in vollem Gange - in England wie in Frankreich, Belgien und Holland und in weiten Teilen Deutschlands.

In England hatte der lange Kampf gegen das revolutionäre Frankreich jahrzehntelang eine ultrakonservative Regierung gestützt, deren Starrheit in krassem Konflikt zu dem stürmischen Fortschritt der jungen Industrien und zu der Notwendigkeit stand, die damit verbundenen sozialen Probleme zu bewältigen; ein Ausdruck davon war die Bewahrung einer erheblichen Anzahl von Parlamentssitzen, in deren Bereich keine Bevölkerung mehr außer den Inhabern lebte! Dies wurde in der ersten großen Parlamentsreform von 1832 geändert, und zugleich

begann eine wachsende Diskussion über die elenden Lebensbedingungen der Industriearbeiter und die ersten Organisationen zur Vertretung ihrer Rechte. In Frankreich wurde die durch den Wiener Kongreß wieder eingesetzte Dynastie der Bourbonen 1830 durch das "Bürgerkönigtum" ihres primär an der ökonomischen Entwicklung interessierten und daher zu breiteren Parlamentswahlen bereiten Verwandten Louis Philip abgesetzt; und im gleichen Jahr gelang die Loslösung Belgiens von seiner künstlichen Bindung an die Niederlande, an der Frankreich aus Solidarität mit den Wallonen und England wegen eines besonderen Interesses an den Gebieten jenseits des Kanals gelegen war. All dies widersprach den Wiener Vereinbarungen und der Politik der zu ihrer Erhaltung geknüpften "Heiligen Allianz", die von Rußland, Österreich und Preußen gebildet worden war; doch die Allianz hatte schon 1825 eine erste spektakuläre Niederlage erlitten, als ihre Drohung, den Regierungen Spaniens und Portugals gegen den Abfall ihrer südamerikanischen Kolonien zu helfen, zusammenbrach, nachdem der neue britische Premierminister Canning dem amerikanischen Präsidenten Monroe die Hilfe der britischen Flotte zur Verteidigung der Autonomie Südamerikas anbot und Monroe sich dadurch ermutigt fühlte, seine "Doktrin" zur Verhinderung fremder Eingriffe auf amerikanischem Boden auf eigene Verantwortung zu verkünden.

Zwischen dem schrumpfenden Wirkungsbereich der "Heiligen Allianz" und dem sich entwickelnden Teil Westeuropas lagen wichtige Teile Deutschlands, die von der napoleonischen Gesetzgebung profitiert hatten und auf eine weitere wirtschaftliche Entwicklung hofften. Und auch in Preußen war der Kampf der Freiheitskriege überwiegend **nicht** im Sinne einer überlebten Tradition geführt worden: Wie die Militärs um Scharnhorst und Gneisenau für ihre Strategie und Technik eifrig von den französischen Gegnern gelernt hatten, so hatten auch die politischen Berater des Königs, Stein und Hardenberg, grundlegende Rechte der städtischen Bevölkerung und wesentliche Erleichterungen der ländlichen Untertänigkeit durchgesetzt und so eine Basis geschaffen, auf der in den dreißiger Jahren in Preußen wie in anderen deutschen Ländern nun umfassendere

Forderungen für ein parlamentarisches Regime, aber zunehmend auch für eine die deutschen Teilstaaten umfassende politische Einheit gestellt werden konnten - jene umfassenden Forderungen, die zu verhindern das ausdrückliche Ziel der wichtigsten Träger des Wiener Kongresses gewesen war.

Diese Tendenz zur erneuten Weiterentwicklung Europas - in der beginnenden Industrialisierung und der Diskussion ihrer ökonomischen und sozialen Probleme, in der Verbreitung neuer politischer Formen, die zunehmend "liberal", wenn auch noch nicht "demokratisch" waren, in der Herausbildung neuer Bewegungsfreiheit von Ländern, die kurz vorher noch fremder Abhängigkeit unterworfen waren - war ein eindrucksvolles Anzeichen dafür, daß weder die französische Revolution noch die napoleonischen Kriege die Art von Katastrophe gewesen waren, als die sie nach dem Ausmaß der Opfer erscheinen mochten: Nicht anders als die Schrecken der Religionskriege hatten sie letzten Endes die Fähigkeit des Abendlandes bestätigt, aus neuen Problemen, die zunächst zu bitteren neuen Konflikten führten, zu neuen Leistungen und neuen Institutionen weiterzugehen: In der Tat hatte das Tempo der Veränderungen angefangen, sich fühlbar zu beschleunigen.

\*

Zwischen 1830 und 1850 entwickelte sich so ein Kampf um die Frage, ob die im Herzen Europas gelegenen deutschen Länder, einschließlich Preußens und Österreichs, den neuen parlamentarischen und damit potentiell demokratischen Weg der westeuropäischen Entwicklung gehen oder auf dem von Metternich symbolisierten Weg der Heiligen Allianz verharren würden. Die Haltungen der aktiven Teile der Bevölkerung mit Ausnahme der Regierungsapparate und des militärischen und grundbesitzenden Adels, aber mit Einschluß führender Vertreter der Intelligenz gingen in die liberale und teilweise demokratische Richtung, und die neue französische Revolution von 1848, die über die Errungenschaften von 1830 vor allem durch soziale Forderungen hinausging, ohne in die Gewalttätigkeit des Comité du Salut

Public zurückzufallen, löste zum ersten Mal auch Revolutionen in den deutschen Ländern einschließlich Österreichs aus, die bis zur Wahl eines deutschen Parlaments mit der Aufgabe der Schaffung einer nationalen Verfassung und zur Bildung einer parlamentarischen Regierung in Preußen führten, nachdem der König auf den Stufen des Berliner Schlosses seinen Hut vor den Opfern einer Straßenschlacht gezogen hatte. Doch der Einsatz der russischen Macht in Österreich zugunsten der kaiserlichen Regierung einerseits, der Rückschlag der französischen Revolution angesichts der Furcht breiter bürgerlicher und bäuerlicher Schichten vor "sozialistischen" Forderungen andererseits, der zur Machtergreifung Napoleon des Dritten führte, endete mit der Entmutigung auch der großen Mehrzahl der Träger der deutschen Erhebung und so mit dem letzten Sieg der Heiligen Allianz.

Das hatte keine bleibenden Folgen in Frankreich, das auch unter einer reaktionären Führung an die Gesamtentwicklung des Westens gebunden blieb und wo nach einer ihm vom Bismarckschen Deutschland 1870/71 zugefügten Niederlage eine Scheinrepublik - "La Republique des Ducs" nannte sie ein großer französischer Historiker - in den späten 90er Jahren ohne neue Revolution zu einer wirklichen demokratischen Republik wurde. Es berührte die englische Entwicklung um so weniger, weil die gleiche Heilige Allianz mit dem Umschalten der Österreicher gegen Rußland im Krimkrieg von 1854 endgültig zerbrach. Doch es veränderte die Entwicklung Deutschlands, und seine europäische Rolle, für die nächsten hundert Jahre. Denn die Mehrheit der deutschen Bürger begann von nun an den Weg zum ökonomischen Aufstieg und zur nationalen Einheit, die sie nicht ohne Grund als untrennbare Ziele auffaßten, als unvereinbar mit den Gefahren einer Entwicklung zur politischen Demokratie anzusehen.

Während also die Entwicklung der politischen Demokratie und der ökonomischen stetigen Modernisierung mit Einschluß der Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen in England, wo um die Mitte des Jahrhunderts beide am weitesten gediehen waren, sich von nun an stetig weiter entwickelten, wurde die Entwicklung der Ökonomie zwar sowohl im neo-bonapartistischen Frankreich

und seinen parlamentarischen und schließlich demokratischen Nachfolgern wie im zunehmend preußischen und später Bismarckianischen und kaiserlichen Deutschland von der gleichen Zeit an als eine entscheidende Aufgabe des Staates angesehen, die Zunahme der Rechte der organisierten Arbeiterschaft aber in Frankreich bis nahe zum Ende des Jahrhunderts und im Wilhelminischen Deutschland bis fast zu dessen Ende offiziell als eine Gefahr für den ökonomischen Fortschritt und damit für die nationale Stärke aufgefaßt - damit aber auch jede echte demokratische Entwicklung. Im Falle Deutschlands bedeutete dies, daß es sich unter dem monarchischen Regime zu einer international anerkannten Wirtschaftsmacht führenden Ranges entwickeln und gleichzeitig seine starken gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen von ernsthaftem politischem Einfluß durch die Vermeidung demokratischer Institutionen bis unmittelbar vor der Niederlage im ersten Weltkrieg ausschließen konnte. Der viel diskutierte "deutsche Sonderweg" existierte so **nicht** auf dem Gebiet der ökonomischen Modernisierung, wohl aber auf dem Gebiet der politischen Demokratie und des politischen Einflusses der Arbeitermassen bis zum Ende des Kaiserreichs und in wichtigen Machtfragen noch darüber hinaus.

\*

Was vom Standpunkt der Entwicklung der einzelnen europäischen Staaten in den Jahrzehnten der Erholung von den napoleonischen Kriegen und der Neugestaltung der ökonomischen und politischen Formen der Modernisierung so scharf verschiedene Bilder aufweist, bietet gleichzeitig von einem gesamteuropäischen Standpunkt ein ganz anderes und auf den ersten Blick höchst eindrucksvolles Bild: das Bild der "Europäischen Weltrolle".

Gewiß hatte es seit den spanischen und portugiesischen Weltreisen und Besitznahmen von fernen Ländern am Ende des 15. Jahrhunderts viele Aktionen gegeben, die nicht nur europäischen Reichtum und europäische Macht vermehrten und die Lebensformen und Traditionen außereuropäischer Völker zunächst zerstörten, später aber auch teilweise in einer erträglichen

Richtung zu verändern suchten, sondern auch die Kenntnisse vieler Europäer von diesen fernen Welten vergrößerten und die nachdenklichsten unter ihnen mit der moralischen Verantwortung für diese Vorgänge beschäftigten. Doch vom gesamteuropäischen Standpunkt waren dies zunächst, je nach der eigenen Rolle, erfreuliche oder erschreckende Sonderfälle gewesen. Das Bewußtsein einer gesamteuropäischen Verantwortung wurde erst möglich, als die Kolonisierung, sei es zuerst in Formen des Handels, in Formen der Siedlung in dünn bevölkerten Ländern, oder in Formen geplanter Staatsgründungen außerhalb Europas, vor allem durch Engländer, Franzosen und Holländer zum System wurde; und während die Formen der "Siedlungskolonisation" im nördlichen Teil Amerikas erst durch die englische Zurückdrängung der Franzosen in Kanada und dann durch den Bruch der überwiegend aus Großbritannien kommenden Siedler mit ihrem Heimatland und die Gründung der Vereinigten Staaten bald den Kolonialcharakter verloren und die Entstehung eines Kontinents souveräner Staaten in Südamerika in die gleiche Richtung ging, entwickelten sich aus der "Handelskolonisation" in Asien und später in Afrika die neuen politischen und ökonomischen Machtbereiche der Engländer in Indien, der Franzosen in Indochina und der Holländer in Indonesien und einer bunten Liste in Afrika. Mindestens seit dem spektakulärsten dieser Vorgänge, der Unterstellung des indischen Subkontinents unter die britische Krone, konnte man wohl von einer europäischen Weltrolle sprechen, die sich ja noch bis ins 20. Jahrhundert hinein mit der Errichtung privilegierter Gebiete in China und nach der Niederlage der Türkei im ersten Weltkrieg mit französischen und britischen Positionen im Nahen Osten fortsetzte.

Wenn ich einen groben Zeitpunkt für das allgemeine Bewußtsein einer europäischen Weltrolle ansetzen sollte, so würde ich das Jahr 1850 mit der ersten, natürlich in London veranstalteten Weltausstellung wählen - und für den ersten hellsichtigen Zweifel daran das Jubiläum der gleichen Königin Victoria noch vor dem Ende des gleichen Jahrhunderts, mit Rudyard Kiplings prophetischer Warnung in seinem "Recessional": "Lord, God of Hosts, be with us yet - lest we forget, lest we forget!" Doch

der Glaube der maßgebenden Europäer an ihre Rolle hat noch über den ersten Weltkrieg hinaus gehalten, und der in manchen anderen Urteilen so weitsichtige Winston Churchill hat selbst nach dem zweiten Weltkrieg nicht wahr haben wollen, daß sie vorbei war. Zu den ersten, die es viel früher sahen, gehörte dagegen Lenin, der sich in vielen anderen Voraussagen irrte. Freilich soll man nicht übersehen, daß Lenin in diesem Punkt eine Zukunft voraussah, die seinen Wünschen entsprach, und Churchill an eine Zukunft nicht glauben wollte, die den seinen radikal widersprach.

Der Begriff der "Europäischen Weltrolle" wirft noch eine grundsätzliche Kritik auf: Er könnte den Eindruck einer gemeinsamen Rolle der Europäer in der Kontrolle und Nutzung außereuropäischer Gebiete hervorrufen - und dieser Eindruck wäre radikal falsch: Es hat niemals eine gemeinsame europäische Politik der Kolonisierung gegeben - wenn man von der Niederschlagung des Boxeraufstands in China absieht - so wenig wie eine europäische Politik der Dekolonisierung. Es gab natürlich in der Spätphase des kolonialen Wettlaufes, vor allem in Afrika und im nahen Osten, abwechselnd Konflikte und Vereinbarungen unter den europäischen Konkurrenten, doch ernst kriegerische Zusammenstöße wie der britische Burenkrieg waren selten; aber auch die Vereinbarungen zwischen konkurrierenden Kolonialmächten waren bloße Grenzziehungen, nicht Verständigungen über eine gemeinsame Politik gegenüber den abhängigen Bevölkerungen, die tatsächlich von den verschiedenen europäischen "Herren" oft ganz verschieden behandelt wurden. Die Weltrolle Europas war, solange sie dauerte, ein Produkt der militärischen, seefahrenden und ökonomischen Vormacht einer Reihe europäischer Länder - kein Produkt einer gemeinsam europäischen Politik; und sie endete teils durch den stetigen Aufstieg der Vereinigten Staaten, die dem System von jeher überwiegend skeptisch gegenüberstanden und nur in vereinzelten Fällen, wie bei den Philippinen, sich als Konkurrenten beteiligten, teils durch den Macht- und Prestigeverlust der Europäer im Zug der Kriege des 20. Jahrhunderts, und last not least durch das neue Selbstbewußtsein der alten und neuen Führungsschichten der "Kolonial-

völker", das teils durch die Universitäten ihrer Herren und teils durch die Propaganda der kommunistischen Bewegungen gefördert worden war.

Doch die Begrenztheit der europäischen Weltrolle war nicht nur die Folge der kurzsichtigen materiellen Interessenpolitik, die bei einigen wichtigen Kolonialstaaten im Laufe der Zeit erheblich korrigiert wurde. Sie entsprang auch nicht nur der Tatsache, daß in einigen wichtigen Fällen gerade die positiven Leistungen der Kolonialisten ihrer Natur nach die Fähigkeit der Kolonisierten zur Selbständigkeit förderten und schließlich zunehmend beschleunigten. Sie entsprang auch zu einem wesentlichen Teil der Tatsache, daß der Nationalismus der europäischen Staaten parallel mit ihrer Machtausdehnung gestiegen war.

Damit meine ich nicht das in der europäischen Geschichte normale Nationalbewußtsein, die in den meisten europäischen Staaten entweder selbstverständliche oder doch weitgehend angestrebte Identität von Staatszugehörigkeit mit gemeinsamer Sprache und Herkunft, sondern die neue Wirkung der Erfahrung des Volkskrieges seit der französischen Revolution und dem napoleonischen Krieg. Solange die europäischen Kriege von Berufssoldaten geführt und von den führenden Kreisen begründet, aber vom gemeinen Mann nur erlitten wurden, hatte die Nation nirgends, vielleicht mit Ausnahme der Schweiz, die tiefe emotionelle Bedeutung für die Masse des Volkes, die sie in der französischen Revolution und nach Napoleons Vormarsch auch bei seinen Gegnern bekam. So gewiß auch nach dieser Wende in Europa gemeinsame wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen möglich blieben und in der Tat zunahmen, so habe ich doch Zweifel, ob die unbefangene Freundschaft führender Köpfe verschiedener Völker jemals wieder so selbstverständlich geworden ist, wie zur Zeit der Aufklärung.

Gewiß hat es im 19. Jahrhundert und seither auch Gegenbewegungen in Europa gegeben, die dem Nationalismus andere Werte entgegenstellten: Ich denke an die Bewegungen einer bewußt international orientierten Arbeiterbewegung, aber auch an

kirchliche Bewegungen vor allem katholischer Art. Doch sie sind letzten Endes Minderheiten geblieben, wenn auch in manchen Situationen große und wirksame Minderheiten. Der Gesamtcharakter der großen europäischen Staaten ist im Laufe des 19. Jahrhunderts sowohl zunehmend ökonomisch expansiv wie zunehmend der eigenen nationalen Macht bewußt geworden, und die Folgen haben sich im 20. Jahrhundert nicht nur auf **einer** Seite gezeigt.

\*

Die wichtigste **innereuropäische** Machtveränderung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die Kräfte, die dazu führten, gingen von Preußen aus - einem Preußen, dessen Chance zum Aufbau eines Nationalstaats mit demokratischen Rechten in der Revolution von 1848 durch den Druck der russisch-österreichischen Allianz verhindert worden war und das nach dem Zerfall dieser Allianz im Krimkrieg unter Bismarckscher Führung die Schaffung eines Nationalstaats **ohne** Demokratie anzustreben begann. Die Enttäuschung von 1848 und die Erstarkung des industriellen Bürgertums - zu Preußen gehörte ja nicht mehr nur Ostelbien, das immerhin die schlesische Industrie einschloß, sondern auch wesentliche Teile des Rheinlands - machten die Entwicklung eines Bündnisses zwischen der preußischen Krone, den ihr ergebenen konservativen Militärs, Beamten und Grundbesitzern, dem zunehmend einflußreichen und selbstbewußten industriellen Bürgertum und einem wachsenden Teil der vorher demokratisch orientierten bürgerlichen Intelligenz und Jugend möglich, die nun einen militärisch und ökonomisch starken Nationalstaat ohne Demokratie anstrebten; und Otto von Bismarck wurde ihr Führer und brach die parlamentarischen Widerstände, die den militärischen Voraussetzungen der ökonomischen und politischen Schaffung des Nationalstaats unter preußischer Führung noch entgegenstanden. Sein Sieg über Österreich schuf die soliden ökonomischen Grundlagen. Sein Sieg über Napoleon den Dritten, der das neue preußische Deutschland als potentiell gefährlich erkannte und die eigene Macht zu einem Gegenschlag überschätzte, schuf das schwarz-weiß-rote Kaiserreich.

Bismarcks Politik war bis zu diesem Punkt in den Methoden zugleich aggressiv und überlegt, aber in den Zielen beschränkt gewesen: Er war ein Nutznießer, aber kein Gläubiger des entstehenden großdeutschen Nationalismus, und hielt in Kenntnis der geographischen Lage Deutschlands weitere Kriege für nicht nur unnötig, sondern gefährlich; er war nun zufrieden, wenn die anderen europäischen Großmächte nicht seine Feinde waren. Er wollte auch Frankreich nicht zum dauernden Feind machen, und die "Heimkehr" des ehemals deutschen und immer noch deutschsprechenden Elsaß hatte nicht auf seinem Programm gestanden. Doch der neue Nationalismus der nun tragenden Schichten und der neue Stolz des zum Kaiser erwählten Preußenkönigs waren stärker als Bismarcks in altmodischer Weise unideologische Klugheit - und Frankreich wurde und blieb ein Feind bis zum nächsten Krieg im nächsten Jahrhundert.

Die weniger als fünfzig Jahre des neuen deutschen Reiches machten es in gewissem Sinne zur Drehscheibe der europäischen Politik - aber die Drehscheibe drehte sich dem Abgrund zu. Die Wendung der französischen Republik von einer Scheindemokratie zu einer echten Demokratie, die um die Jahrhundertwende mit der von den Demokraten schwer erkämpften Gerechtigkeit in der Dreyfus-Affäre begann, erhöhte ihr Ansehen in England, Amerika und vielen anderen Ländern, aber änderte in keiner Weise ihre Haltung zu Deutschland: Clemenceau, der einer der entschlossensten Kämpfer gegen die Hetzer der Dreyfus-Affäre war, wurde als Staatsmann ein ebenso entschlossener Gegner der schwarz-weiß-roten Politik. Der Verzicht der Nachfolger Bismarcks auf die von ihm gepflegte russische Rückendeckung und die statt dessen gepflegte Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik, die als notwendiges Signal der Aussöhnung mit Österreich angesehen wurde, drängte das am Balkan nicht minder interessierte Rußland zur politischen Kooperation mit Frankreich und zur ökonomischen Abhängigkeit von ihm. Und selbst England, das sich seit langem zum Prinzip gemacht hatte, seine Weltrolle nicht auf dem Kontinent, sondern in seinen kolonialen Besitztümern zu suchen und in Europa im wesentlichen auf die Freiheit seines Handels und die Sicherheit seiner Flotte zu achten (was freilich die

Sicherheit der anderen Seite des Kanals mit Notwendigkeit einschloß), wurde durch den verspäteten Kolonial- und Flottenehrgeiz des späten Kaiserreichs zunehmend gereizt - bis schließlich der deutsche Einmarsch in Belgien beim Beginn des Krieges mit Frankreich den Ausschlag für seine volle Parteinahme gab. Doch damit begann mit dem Anfang August 1914 ein Krieg ganz neuer Art, der kein europäischer Krieg bleiben konnte und keiner blieb: der erste Weltkrieg.

Ich habe die Entwicklung zu diesem Krieg, der Anfang vom Ende der führenden Weltrolle Europas wurde, weitgehend vom Bild der deutschen Rolle her dargestellt; ich habe das nicht getan, weil ich die deutsche Politik der Vorgeschichte dieses Krieges für seine allein entscheidende Ursache hielt. So gewiß die Politik des kaiserlich deutschen Regimes einen wesentlichen Anteil am Ausbruch des Krieges hatte, der mit seinem Untergang endete, so gewiß gab es auch andere wesentliche Faktoren - vor allem die zunehmende Zuspitzung des Konflikts zwischen Rußland und Österreich über ihre balkanischen Interessen (die freilich im entscheidenden Moment durch eine damals unbekannte Ermutigung der Österreicher von Berlin verschärft wurde!) und die harte Entschlossenheit der französischen Führung, den Ausbruch eines Krieges unter solchen Bedingungen für ihren Konflikt mit Deutschland zu nutzen.

Doch jenseits der Verantwortung der einzelnen europäischen Mächte, die bis dahin als Großmächte galten, für den Krieg, dessen Gemetzel alle bisherigen Kriege überstieg, lag die Grundtatsache, daß die Weltrolle Europas eine Rolle von Nationalstaaten war, die alle in verschiedenen, aber beträchtlichen Graden wissenschaftlich und technisch, ökonomisch und militärisch leistungsfähig, doch nicht mehr durch gemeinsame Werte verbunden waren. Die Zeit der nachrevolutionären Erstarung war längst überwunden, doch der Glaube der vorrevolutionären, aufgeklärten Erwartung war nicht durchschlagend zurückgekehrt. Gegenüber dem allgemeinen, behaglichen Werteverlust in der Atmosphäre von ökonomischen und kolonialem Aufschwung und entsprechender Konkurrenz stand als positiver Faktor gemeinsa-

mer Werte und Verantwortung das Erstarken der Demokratie im westlichen Teil Europas und zumal der sozialistischen Arbeiterbewegung; doch in der Stunde der Entscheidung erwiesen auch die Demokraten sich als nicht international gesinnt und die Sozialisten als nicht stark genug. Keine der europäischen Großmächte hatte sich gewöhnt, den Krieg als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen (von dem Fall der echten Verteidigung einmal abgesehen) auszuschließen; keine außer dem insularen und weltweit reichsten England glaubte, daß sie im Kriegsfall nichts zu gewinnen hätte. Der große innereuropäische Konflikt aus allgemeiner Enge des Blickfelds der Mächtigen hatte sich lange vorbereitet: Im Augenblick des Handelns erwies sich die "Weltrolle Europas" als die Weltrolle eines Haufens kurzsichtiger Nationalstaaten.

\*

Inmitten des lang ausgedehnten und ungewöhnlich zerstörerischen ersten Weltkrieges tauchten zwei Vorstellungen von nicht-europäischen Denkern auf, die spätere Entwicklung vorweg nahmen: Die frühere und anscheinend völlig irreal kam von dem damals im europäischen Exil der neutralen Schweiz lebenden Wladimir Iljitsch Lenin, die spätere und mittelbar kriegswichtige von dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Wilson sah die Gefahr, daß die deutsche Kriegsmaschine, möglicherweise mit Hilfe des Zusammenbruchs erst des zaristischen, dann des im Ansatz gescheiterten demokratisch-revolutionären Rußlands und der Machtergreifung der Sowjets, über die westeuropäischen Demokratien siegen könne, und führte die Vereinigten Staaten in der entscheidenden Spätphase zum siegreichen Bündnis mit Westeuropa - in der Hoffnung, eine Rückkehr ganz Europas zur Demokratie zu sichern. Lenin hatte schon bei Kriegsbeginn die Natur des Krieges als Signal des bevorstehenden Zusammenbruchs der kapitalistischen Mächte Europas diagnostiziert und daraus geschlossen, daß unter diesen Umständen auch eine russische Revolution, für deren isolierten Aufbau eines sozialistischen Systems auch nach seiner - in diesem Punkte korrekt marxistischen - Auffassung die ökonomischen Voraussetzungen noch

fehlten, sinnvoll die Machtergreifung mit sozialistischen Zielen im Vertrauen auf die Hilfe der bevorstehenden sozialistischen Revolutionen der entwickelten europäischen Länder unternehmen könne und solle. Lenins Erwartung durch den Krieg hervorgerufener sozialistischer Revolutionen in den entwickelten Ländern Europas hat sich damals und später als Utopie erwiesen, doch seine Partei hat noch vor Kriegsende die Macht in Rußland erobert und nachher nicht nur den internationalen Kommunismus aufgebaut, sondern unter isolierten Bedingungen und mit furchtbaren Opfern im eigenen Land ein kommunistisches System geschaffen und zur Großmacht entwickelt. Wilson hatte mit dem Potential des amerikanischen Volkes und seiner zu Unrecht von der deutschen Führung überschätzten Armee und Flotte zum Sieg der Westmächte im ersten Weltkrieg wesentlich beigetragen, aber in den Friedensverhandlungen seine idealistischen Vorstellungen über die Kriegsziele nicht bei seinen Verbündeten und deren Vorstellungen nicht beim amerikanischen Kongreß durchsetzen können, so daß dieser Kongreß schließlich auch die Teilnahme an dem von Wilson erdachten Völkerbund ablehnte und seine Nachfolger sich auf Jahre von der europäischen Politik zurückzogen. Doch die späteren ökonomischen und politischen Krisen der am Ende des ersten Weltkriegs geschaffenen deutschen Republik einerseits, einschließlich des Endes dieser Republik durch Adolf Hitlers Machtergreifung, die Entwicklung der sowjetischen Großmacht andererseits haben die Amerikaner mehr und mehr gezwungen, sich mit den europäischen Problemen und Konflikten mehr und mehr zu beschäftigen - bis schließlich der zweite Weltkrieg mit der eindeutigen Ablösung der einstigen europäischen Weltrolle durch die feindliche Balance der amerikanischen und sowjetischen Weltmächte endete.

Tatsächlich hatte die Rolle Europas in der Zwischenkriegszeit einen ausgeprägten Doppelcharakter, wie er manchmal für den Übergang von einer historischen Epoche zur nächsten charakteristisch ist. Auf der einen Seite gab es den Versuch der westeuropäischen Demokratien, in erster Linie Englands und Frankreichs, im Rahmen des Völkerbundes und einer Reihe internationaler Abmachungen so etwas wie ein Europäisches

System zu errichten. Auf der anderen Seite gab es die rasche Konsolidierung des russischen Sowjetsystems zu einer "totalitären" Macht von neuem Typus mit erheblicher Ausstrahlung in Europa, den Versuch des Aufbaus einer "totalitären" Macht mit entgegengesetzter "faschistischer" Ideologie im westeuropäischen Italien und schließlich den Sieg des Hitlerschen, superfaschistischen "Totalitarismus" in Deutschland, das am Ende des ersten Weltkriegs mit einer demokratischen Revolution und einer westlichen Orientierung begonnen hatte. Der Kampf zwischen einer der Hauptströmung der europäischen Tradition entspringenden Demokratie und verschiedener Formen eines auf extreme Rand- und Gegenströmungen der gleichen Tradition zurückgehenden Totalitarismus sollte sich schließlich auf einen gemeinsamen Krieg zwischen europäischen und amerikanischen Demokraten und sowjetischen Vertretern eines Totalitarismus mit weitgehenden, aber realistisch begrenzten Zielen gegen den Führer eines Totalitarismus mit unbegrenzten Zielen konzentrieren, der in Deutschland begonnen hatte. Der Krieg gegen den Mann, der die größte antihumane Gefahr gegen die europäische Tradition darstellte, endete siegreich - doch er endete mit der langfristigen Teilung Europas, die auch die Teilung Deutschlands bedeutete.

Bevor ich auf die wesentlichen Etappen des Verlaufs der Entwicklung eingehe, die schließlich das Ende der europäischen Weltrolle besiegelte, muß ich daher etwas über die grundsätzlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden gefährlichsten und wesentlich neuen Faktoren der Zwischenkriegszeit sagen - die rasch an Macht gewinnenden totalitären Regime des sowjetischen Kommunismus und des deutschen Nationalismus. Beide waren mit der europäischen Geschichte insofern verbunden, als die bolschewistische Ideologie zum Teil Gedanken des gescheiterten extremen Flügels der französischen Aufklärung, von Babeuf über Blanqui zu dem Russen Tkatschew, übernommen hatte, während die Ideologien Mussolinis und Hitlers Anleihen bei der extremen Gegenaufklärung von einst machten, die im Europa des späten 18. und 19. Jahrhunderts nicht weniger gescheitert war. Doch von den historischen Grundwerten der europäischen Kultur übernahmen

beide neue "Weltanschauungen" allenfalls den Kult einer willkürlich definierten Gemeinschaft ohne die entsprechenden Rechte des Individuums, die Bejahung der Arbeit und - im bolschewistischen Fall - eine eng definierte Vernunft ohne Freiheit des Denkens.

Was wir uns später gewöhnt haben, mit Mussolinis eigenem Wort als "Totalitarismus" zu bezeichnen, war weder am Beginn des Leninschen noch des Mussolinischen Regimes voll geplant; Hitler, der später zur Macht kam, hatte nach den sowjetischen und italienischen Erfahrungen inzwischen "perfektere" Vorstellungen gewonnen. Lenin entschloß sich erst im Zuge des Bürgerkrieges zum Prinzip der Einparteiherrschaft und niemals zu dem zuerst von Stalin und später von Hitler praktizierten Prinzip der systematisch organisierten Massenvernichtung von Wehrlosen. Die neuerdings von einzelnen deutschen Historikern und Journalisten wieder aufgewärmte These einer Leninschen Vernichtungspolitik gegen ganze Klassen, von der Hitler seine Vernichtungspolitik gegen Rassen bezogen habe, ist eine unhaltbare Gleichsetzung der brutalen, aber weder zentral geplanten noch einseitigen Menschenopfer des Bürgerkrieges, die - mit größerem Umfang - eher an ähnliche Vorgänge in der großen französischen Revolution erinnerten und der zielbewußten Vernichtung wehrloser, nach Klasse oder Rasse und nicht aufgrund ihres Widerstands ausgewählter Opfer, die Stalin zuerst gegen die willkürlich als "Kulaken" definierten Bauern durchführte und später mehrfach gegen andere "Kategorial-Opfer" wiederholte. Lenin wollte die Macht behalten und daher den - auf der Gegenseite von alliierten Truppen unterstützten - Bürgerkrieg gewinnen, in dem nicht weniger "pro-sowjetische" Bauern, die ihre durch die Revolution erlangten Höfe verteidigten, und gläubige Kommunisten von den "gegenrevolutionären" Militärs und ihren alliierten Verbündeten ermordet wurden als umgekehrt. Doch die Behauptung, Lenin habe eine physische Vernichtung der "Bourgeoisie als Klasse" betrieben, ist erweislich falsch - er hat sich im Gegenteil systematisch bemüht, "bürgerliche" Ökonomen und Techniker für die Leitung der überstürzt verstaatlichten industriellen Betriebe und

"bürgerliche" Intellektuelle für das kulturelle Leben des Landes zu erhalten. Die kollektive Vernichtungspolitik begann Jahre nach Lenins Tod mit Stalins "Entkulakisierung"; sie wurde übrigens zunächst außerhalb der Sowjetunion so wenig bekannt, daß eine entscheidende Wirkung auf Hitler, dessen Vernichtungsträume gegen Juden und vermutlich auch gegen die Träger "lebensunwerten Lebens" längst gereift waren, auch deshalb unmöglich ist.

Der echte "Totalitarismus" hatte in der Tat sein Kennzeichen in der Herrschaft von zugleich ideologie-gläubigen und moralisch hemmungslosen Machthabern oder machthabenden Gruppen, die während einer Reihe von Jahren glaubten, eine totale Umwälzung der Gesellschaft nach ihren Ideen durch totale Kontrolle der politischen Institutionen, der gesellschaftlichen Organisationen und der Information bewirken zu können, und die bereit waren, nach jedem Fehlschlag ihrer Pläne neue gewaltsame Umwälzungen mit entsprechenden Opfern zu versuchen. In Stalins Sowjetunion - wie übrigens auch in Mao Zedongs China - ist dieser Wahn in extremer Form lange Zeit verfolgt worden. Im Deutschland Hitlers haben die historisch kurzen zwölf Jahre seiner Herrschaft unter anderem zum zweiten Weltkrieg mit seinen furchtbaren Opfern für alle betroffenen Völker, mit Einschluß des deutschen Volkes und zur Ermordung von sechs Millionen Juden geführt, bevor er scheiterte. Heute sind die "faschistischen" Systeme des Totalitarismus seit mehr als vierzig Jahren tot, und die "kommunistischen" Formen sind nicht mehr im hier definierten Sinn totalitär, obwohl immer noch Parteidiktaturen: Ihre Führer glauben nicht mehr an die Erzwingung einer vollkommenen Welt und an die Notwendigkeit immer neuer "Revolutionen von oben" im eigenen Land. Doch es war die Zeit der Totalitarismen, die durch die Herbeiführung des zweiten Weltkrieges die Ersetzung des letzten Scheins der Weltrolle Europas durch eine von amerikanisch-sowjetischem Dualismus bestimmte Welt definitiv gemacht hat.

Ich kann in diesem Rahmen nicht versuchen, auf die Einzelheiten der das Ende der europäischen Weltrolle besiegelnden Entwicklung einzugehen; ich möchte nur einige Faktoren hervorheben, die mir wesentlich scheinen, und beginne mit dem Versuch einer westeuropäischen demokratischen Politik. Dieser Versuch hat nicht sofort nach dem Ende des ersten Weltkrieges begonnen, als die Verurteilung der deutschen Kriegsschuld, die dauerhafte Begrenzung der deutschen Macht und das unrealistische Ausmaß der von den Besiegten verlangten Reparationen beim Friedensvertrag und am Beginn des Völkerbundes, zu dem die Besiegten zunächst nicht zugelassen wurden, im Vordergrund standen, während die Tatsache, daß die Revolution von 1918 nicht nur den Krieg beendet, sondern auch erstmals eine deutsche Demokratie hervorgebracht hatte, zunächst nicht in ihrer potentiellen Bedeutung erkannt wurde.

Der ernsthafte Versuch einer demokratischen Politik mit Einschluß der Deutschen begann erst um 1924, als die Trägerparteien der Weimarer Verfassung - Sozialdemokraten, (liberale) Demokraten und katholisches Zentrum - ihre parlamentarische Mehrheit schon verloren hatten und von "Muß-Demokraten" der gemäßigten Rechten abhängig geworden waren; als 1923 der sinnlose Konflikt zwischen dem Versuch der finanziell völlig erschöpften deutschen Regierung, zeitweise die französischen Reparationsforderungen zu verweigern und der darauf antwortenden französischen Besetzung des Ruhrgebiets die schon vorher erschütterte deutsche Währung völlig entwertet hatte; und als es im Herbst 1923 fast gleichzeitig zu einem von Moskau geplanten Aufstand, den die deutschen Kommunisten im letzten Augenblick als hoffnungslos absagten, und zu einem ersten Aufstandsversuch Adolf Hitlers in München gekommen war. Doch die Organisation einer neuen Währung mit amerikanischer Hilfe, kombiniert mit der neuen Orientierung der Westeuropäer, erlaubten in den folgenden Jahren den Beginn einer europäischen Kooperation - mit der Aufnahme der Deutschen in den Völkerbund, mit dem Locarno-Vertrag zur Garantie der Grenzen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits - und mit Duldung der deutschen Beziehungen mit der Sowjet-

union, die einen eventuellen Durchmarsch westlicher Truppen durch Deutschland nach Osten ausschlossen. Gemeinsam mit der amerikanischen Durchsetzung der faktischen Begrenzung der Reparationen und den weniger planvollen amerikanischen Krediten machten diese neuen Maßnahmen eine gewisse wirtschaftliche Erholung auch in Deutschland möglich, die bis zu der allgemeinen Weltwirtschaftskrise nach dem amerikanischen "Krach" des Jahres 1929 dauerte; doch in den folgenden Jahren der Krise und Massenarbeitslosigkeit blieb die Bereitschaft der Westmächte zur Verständigung mit Deutschland im wesentlichen bestehen.

Daß dies Bemühen beider Seiten den Aufstieg von Hitlers Partei, die bis 1929 zahlenmäßig belanglos gewesen war, zur stärksten Partei Deutschlands und schließlich zur Machtergreifung nicht verhinderte, lag in gewissem Grade am gemeinsamen Unverständnis der Gefahr, doch entscheidend am Unverständnis der deutschen Oberschicht und der ihr ergebenden konservativen Parteien. Jener große Teil des deutschen Bürgertums und der höheren Beamten, Militärs und Professoren mit Einschluß des Präsidenten Hindenburg, die seit langem von einer Rückkehr zur Monarchie geträumt hatte, sahen angesichts der Wirtschaftskrise mit bis zu sechs Millionen Arbeitslosen den Traum von gestern als dringende Notwendigkeit; und die mehr politischen Führer dieser Richtung sahen die rasch wachsende nationalsozialistische Bewegung als die notwendigen Verbündeten zur Verwirklichung ihrer Pläne an. Soweit sie von den Brutalitäten dieser Bewegung wußten, die ihren eigenen Traditionen widersprachen, trösteten sie sich, daß dies nach Errichtung des von ihnen erhofften neuen Regimes verschwinden würde. Doch so gewiß die Blindheit des westlichen Auslands in dieser Phase weniger wichtig war als die der traditionellen deutschen Konservativen, so gewiß war sie nicht geringer und auf Sicht nicht weniger verhängnisvoll: Wir sollten nicht vergessen, daß Mussolinis lange vorher erfolgte Machtergreifung mit allen ihr vorausgehenden und folgenden Gewalttaten viele Jahre von den westeuropäischen Regierungen hingenommen wurde, ohne die Erwünschtheit seiner Vertreter im Völkerbund in Frage zu stellen.

Mit anderen Worten, die Haltung der - bis Mitte der 30er Jahre durchweg konservativen - westeuropäischen Regierungen zum italienischen Faschismus von Anfang an und zum beginnenden Nationalsozialismus vor und nach der Machtergreifung, war radikal anders als ihre gleichzeitige Haltung zum Sowjetsystem: Sie hatten ein klares Bewußtsein vom Unterschied der sozialen Ideologie - wenn man will, des Klassencharakters - des faschistischen und des kommunistischen Systems, doch keinerlei Vorstellung von der Gemeinsamkeit ihrer Herrschaftsformen und Vernichtungsmethoden, die später nach einem von Mussolini kreierten Wort als "totalitär" bezeichnet wurden.

Eine gewisse Veränderung der Lage trat in den frühen dreißiger Jahren ein - teils durch schrittweises Bekanntwerden von Hitlers innerpolitischen Herrschaftsmethoden, teils durch seine sichtbaren Schritte zur außenpolitischen Machtergreifung. Zugleich gaben die ersten erfolgreichen westlichen Versuche zur Überwindung der ökonomischen Stagnation und Krisen - die Veröffentlichungen von Keynes, die erfolgreiche Politik der schwedischen Sozialisten, der ökonomische Umschwung in den USA unter Roosevelt - der demokratischen Linken mehr Chancen zur Bildung oder wenigstens Beeinflussung ihrer Regierungen. Die späte Entdeckung Stalins, daß Hitler nicht ein belangloser Propaganda-Popanz der Reichswehr war, mit deren Hilfe er einen Dauerkonflikt zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen gehofft hatte, trug dazu bei, die sowjetische und kommunistische Propaganda für mehrere Jahre gegen Hitlerdeutschland und zugunsten der Stärkung der demokratischen Linken in Westeuropa zu lenken: Die "kritische Unterstützung" der sozialdemokratisch geführten Volksfront in Frankreich wurde das sichtbarste Beispiel, und die aktive Unterstützung der spanischen Linksregierung gegen General Franco und seine deutschen Flugzeuge erzeugte zunächst große Begeisterung - die nur durch die gleichzeitigen Moskauer Schauprozesse und die Praxis sowjetischer Funktionäre verringert wurde, ähnliche Methoden hinter den Kampflinien der spanischen Gegner Francos einzuführen. Schließlich erlaubte Hitlers Druck auf die Tschechoslowakei und der "Kompromis", den England, Frankreich und Italien mit Hitler

zugunsten einer "friedlich" erzwungenen Übergabe der Sudeten an Hitlerdeutschland abschlossen, Stalin gleichzeitig, die eigene Bereitschaft für die Unterstützung der Tschechen, wenn nur die Westmächte sie nicht allein gelassen hätten, stolz hervorzuheben - und eine neue Schwenkung zugunsten Hitlers im Stillen vorzubereiten: Auf einem Parteitag im Frühjahr 1939 erklärte er öffentlich, er sei nicht dazu da, für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen - und nach Ribbentrops Besuch bei ihm am Vorabend des zweiten Weltkriegs wußte alle Welt, was er gemeint hatte.

Die Regierungschefs der führenden Länder Westeuropas waren schockiert und verwirrt. Sie, die sich so lange bemüht hatten, eine nationalsozialistische Kriegsaktion durch friedliche Konzessionen überflüssig zu machen und Hitler so zu einem lohnenden Frieden zu erziehen, fanden nun, daß sie Hitlers Denkweise nicht verstanden hatten - und Stalins auch nicht. Hitler war mehr auf Krieg als Mittel einer Umwälzung der ganzen Welt besessen, als sie für möglich gehalten hatten, und Stalin mehr von der Möglichkeit überzeugt, mit geschickter und geduldiger Politik große Machtzuwächse zu erreichen. Auch Stalin irrte sich weniger als zwei Jahre später, als er glaubte, eine neue Wendung Hitlers zum Ostangriff durch hinhaltende Teilkonzessionen vermeiden zu können und angesichts der offenkundigen militärischen Vorbereitungen des "Führers" ruhig auf Verhandlungsforderungen wartete, die nicht kamen. Doch der größte Irrtum war der des Mannes, der den Krieg begann - und verlor.

\*

Hitlers Krieg begann als ein anscheinend europäischer Krieg: Er wurde von einem europäischen Land eröffnet, dessen Führung freilich seit Jahren alle europäischen Werte mit Füßen trat, und er richtete sich zunächst gegen eine Reihe europäischer Länder, die ihm militärisch und zum Teil auch politisch nicht gewachsen waren. Nachdem die Vereinbarung mit Stalin einen ersten Versuch westlicher Hilfe für Polen praktisch unmöglich

gemacht hatte, wurde Polen von beiden totalitären Mächten im "Blitzkrieg" aufgeteilt und seine Bevölkerung den brutalen Methoden beider ausgesetzt. Die Besetzung Dänemarks, Norwegens, Hollands und Belgiens folgten als Vorbereitung des Angriffs gegen Frankreich und England, die beiden westeuropäischen Länder, die nach dem Angriff auf Polen Hitler den Krieg erklärt hatten, ohne für einen effektiven Gegenangriff vorbereitet zu sein. Dann zeigte sich, daß Frankreich auch auf seine eigene Verteidigung nicht ernstlich vorbereitet war: Das Land, das im ersten Weltkrieg unter schweren Verlusten dem kaiserlichen Deutschland standgehalten hatte und als eine der drei Siegermächte hervorgegangen war, wurde schnell zur Kapitulation gezwungen; und während die nach der Nordfront zur Hilfe gesandten Truppen Großbritanniens zu einer ruhmlosen, wenn auch kühn improvisierten, Rückkehr über den Kanal gezwungen wurden, wurde Frankreich als ein halbbesetztes Land unter einer entsprechenden Regierung zur friedlichen Kooperation mit Hitlerdeutschland verpflichtet.

Ein Jahr nach Kriegsbeginn gab es so in Europa, außer den von Hitler besetzten oder ihm verpflichteten Ländern, dem verbündeten Italien, dem erklärt freundlichen Spanien und wenigen eingeschüchterten Neutralen, nur noch ein erklärt feindliches Land: England. Hitler hatte auch hier einen Blitzsieg geplant, aber wollte vor der schwierigen überseeischen Landung oder einem erhofften Aufgeben des isolierten Gegners seine Überlegenheit durch massive Luftangriffe auf die englischen Städte demonstrieren - und dies wurde die erste militärische Aktion, die ihm mißlang: einmal, weil die britische Luftwaffe sich trotz begrenzter Zahl als unerwartet erfolgreich in der Abwehr erwies, zum andern, weil die Luftangriffe auf die Städte nicht Entmutigung, sondern entschlossenen Widerstand unter der britischen Bevölkerung auslösten. Hitler, der von vornherein beabsichtigt hatte, die nach seiner Vorstellung nur vorübergehend neutralisierte Sowjetunion vernichtend anzugreifen und Teile von ihr zur deutschen Kornkammer zu machen, sobald ein westlicher Rücken frei war, kam im Herbst 1940 zu dem Schluß, den jenseits des Kanals nicht mehr gefährlichen britischen

Feind in seiner Isolierung liegen zu lassen und mit der Vorbereitung des Angriffs auf Moskau zu beginnen. Der ergebnislose Besuch Molotows, der die Ausdehnung der deutschen Macht im Balkan nicht gerade ermutigte und von dem generösen Angebot, die Sowjets sollten freie Hand in der Übernahme der Kontrolle Indiens haben, nicht beeindruckt wurde, dürfte Hitlers Entscheidung endgültig gemacht haben.

Doch Hitler hatte sich auch in der Unterschätzung Englands geirrt. Dessen Festbleiben in seiner physischen Isolierung, die sich im Laufe der Zeit **nicht** als politische Isolierung erwies, seine Rolle als Heimstätte für die Vertreter der von Hitler besetzten Länder Europas im allgemeinen und für den schwierigen, aber unbeugsamen General de Gaulle im besonderen und seine an all diese Länder gerichtete Radiopropaganda ermutigten im Laufe der Zeit Millionen Menschen zu dem Glauben, daß Europa noch lebe und ihr eigenes Land noch nicht verloren sei. Es ermutigte auch Präsident Roosevelt und jene Amerikaner - zunächst eine Minderheit - die von vornherein die Weltgefahr eines hitlerisierten Europas erkannten; und dies wirkte sich angesichts der schweren finanziellen Verluste des an weltweite Wirtschaftsbeziehungen gewöhnten Inselreichs in amerikanischen Anleihen und späteren "Lend-lease" Vereinbarungen aus. Und schließlich war es beim deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 der sofortige Entschluß des - bekanntlich nicht gerade kommunistenfreundlichen - Winston Churchill, der - zu Stalins ungläubiger zweiter Überraschung an einem Tag, an dem der Angriff selbst die erste war - sofort seine Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf gegen Hitler erklärte, die einen gemeinsamen Kampf gegen die größere Weltgefahr proklamierte - den Kampf, dem sich am Ende des Jahres auch die Vereinigten Staaten anschlossen.

Es waren Japan einerseits und abermals Hitler andererseits, die diesen weiteren Anschluß möglich machten. Japans Angriff war unmittelbar und ohne vorherige Kriegserklärung gegen die amerikanische Pazifik-Flotte und die amerikanische Unterstützung des chinesischen Widerstandes gegen Japan seit Jahren

betriebene Invasion gerichtet; doch sie zielte zugleich auf die Übernahme der europäischen Kolonialgebiete in Südostasien. Hitler, der Japan trotz dessen Neutralität gegenüber Europa und der Sowjetunion als einen verlässlichen Verbündeten im Kampf gegen den Kommunismus sah und über die Haltung der USA im europäischen Krieg keinen Zweifel haben konnte, fühlte sich verpflichtet, ebenfalls den USA den Krieg zu erklären - und lieferte damit Roosevelt nicht nur den lang ersehnten Anlaß für das Eingreifen in den nun nicht mehr rein "europäischen" Krieg, sondern auch für die Entscheidung, dem Kampf um Europa den Vorrang vor dem Zurückschlagen Japans in Asien zu geben. Vom Dezember 1941 an war der von Hitler begonnene Krieg nicht nur in europäischen und sowjetischen Augen der zweite Weltkrieg: Das Schicksal Europas war, in Umkehrung der einstigen europäischen Weltrolle, nunmehr entscheidend vom Kampf der nichteuropäischen Großmächte - Amerika, Rußland, Japan - bestimmt.

Spätestens ein Jahr danach, Ende 1942, nach der ersten Stalingrad-Schlacht, war die Leistungsfähigkeit der sowjetischen Armeen, durch eigene Erfahrung und Führung und durch die Verstärkung mit britischen und amerikanischen Waffen, so weit gestiegen, daß die Niederlage Hitlerdeutschlands nur noch eine Frage der Zeit schien. Damit zugleich wurde bereits die Frage akut, was aus dem von Hitler, aber nicht von Stalin befreiten Europa werden würde. Lange vor detaillierten Verhandlungen gab es zwei, und nur zwei, politische Führer, die klar erkannten, wovon das abhängen würde: Einer war Stalin, der andere Churchill. Stalin hat seinen Grundgedanken erst Anfang 1945 in einem Gespräch mit jugoslawischen Parteiführern nachweisbar ausgesprochen, die ihn später unabhängig voneinander, aber gleichlautend überliefert haben: "Dieser Krieg ist nicht wie andere Kriege. Nach diesem Krieg wird jede der Siegermächte ihren Einfluß ausdehnen, soweit ihre Truppen marschieren - es kann nicht anders sein." Churchill hat, während die Sowjets auf die Beschleunigung der "Zweiten Front" durch amerikanische und britische Truppen drängten, die für die Erzwingung des Einmarschs in Frankreich von England aus noch nicht stark genug gerüstet waren, darauf gedrängt, zumal nach dem Zusammenbruch

von Mussolinis Italien und seiner teilweisen alliierten Besetzung, sobald wie möglich einen anglo-amerikanischen Vorstoß vom Südosten Europas nach Norden zu kommen, um die Kräfte der Demokratie zuerst, vor den sowjetischen Truppen, im europäischen Osten ankommen zu lassen - offenbar aus genau entsprechenden, realistischen Überlegungen heraus. Doch Roosevelt und seine militärischen Berater sahen die Notwendigkeit nicht ein, und Churchills eigene Militärs zweifelten an der Durchführbarkeit seines Plans. So erfolgte der entscheidende Einmarsch der westlichen Truppen erst im Sommer 1944 in Frankreich, und Stalins Idee wurde verwirklicht, als sich die Truppen der Siegermächte in der Mitte Europas trafen - an der Elbe.

Das bedeutete eine ziemlich schnelle Unterstellung der Polen, die jahrelang den opferreichsten Widerstand gegen die deutsche Herrschaft geleistet hatten, unter eine überwiegend sowjetkommunistische Regierung, im Gegensatz zum Willen des Volkes und zur alliierten Vereinbarung von Jalta. Es bedeutete eine schnellere oder langsamere Durchsetzung der sowjetisch-kommunistischen Herrschaft in den anderen osteuropäischen Ländern von der Tschechoslowakei und Ungarn bis zum Balkan, mit Ausnahme Griechenlands, für das Churchill eine Sonderrolle ausgehandelt und gegen einen kommunistischen Aufstand Truppen geschickt hatte. Es bedeutete, daß die bei Kriegsende stark gewordenen Kommunisten Frankreichs und Belgiens von der sowjetischen Führung angewiesen wurden, **keinen** gewaltsamen Widerstand gegen die in Vereinbarung mit den Westmächten entstehenden neuen Regierungen zu leisten, und daß die italienischen Kommunisten, die gemeinsam mit demokratischen Bewegungen bis zum Ende gegen die im Norden des Landes wieder erstandene faschistische Macht gekämpft hatten, nach Kriegsende gemeinsam mit anderen Parteien am Aufbau einer demokratischen und republikanischen Verfassung teilnahmen. Und es bedeutete, daß für die Zukunft Deutschlands, in dessen im Osten gelegener bisheriger Hauptstadt Berlin die vier Siegermächte einschließlich Frankreichs gemeinsame Verantwortung tragen sollten, von ihren getrennten Besetzungen in einem sowjetisch kontrollierten

Landesteil im Osten und drei "westlich" verschiedenen kontrollierten Landesteilen im Westen zunächst verschiedene Verwaltungen praktiziert wurden.

Dieser Sonderzustand konnte nicht dauern. Die Sowjets hatten schnell deutsche Parteien verschiedener Richtungen geschaffen und gehofft, damit auch die Entwicklung in Westdeutschland zu beeinflussen; nach den für sie ungünstigen ersten Wahlen in Österreich und Ungarn beeilten sie sich, die populäre Sozialdemokratie in "ihrem" ostdeutschen Sektor unter schwerstem Druck zur "Verschmelzung" mit der sehr viel weniger populären KPD zu zwingen - und wurden mit der mehrheitlichen Verweigerung dieser Verschmelzung in der Viermächtestadt Berlin und einem großen Erfolg der "unverschmolzenen" Sozialdemokraten in der ersten und einzigen gesamtberliner Wahl nach dem Kriege beantwortet, ebenso wie mit der Belanglosigkeit der in freier Wahl zugelassenen Kommunisten in den westlichen Gebieten. Die Westmächte machten im Frühjahr 1947 auf einer Tagung in Moskau einen ersten Gesamtorschlag für ein demokratisches Deutschland, den die Sowjets mit der Bedingung ihrer direkten Mitwirkung an der Verwaltung des im Westen gelegenen und wirtschaftlich zentralen Ruhrgebiets beantworteten, so daß keine Übereinstimmung zustande kam. An diesem Punkt wurde den Amerikanern klar, daß zur Verhinderung weiteren ökonomischen Verfalls des vom Krieg teilweise verwüsteten und allgemein desorganisierten Europas ein großzügiger Aufwand amerikanischen Kapitals zur Verwendung unter gemeinsamer Verwaltung der Empfänger notwendig war; das Angebot ging an West- und Osteuropäer und an die Sowjetunion, wurde aber von Stalin als Versuch der Einmischung in seinen alten und neuen politischen Besitzstand scharf abgelehnt und den interessierten Osteuropäern - sowohl die kommunistische Führung in Polen wie die noch gemischte tschechoslowakische Führung wollten annehmen - bindend verboten.

Die Durchführung des Marshall-Plans, wie er nach dem amerikanischen Außenminister genannt wurde, wurde nun für die westeuropäischen Länder organisiert und die westdeutschen Bereiche,

deren produktive Möglichkeiten für den Wiederaufbau unentbehrlich waren, mit einbezogen. Doch die ökonomische Sanierung Westdeutschlands war nicht ohne die Schaffung einer sanierten Markwährung möglich, und eine gemeinsame Marksanierung wurde den Sowjets auch für ihren Teil Deutschlands angeboten, doch sie wurde von ihnen davon abhängig gemacht, daß sie neben der vorgeschlagenen gemeinsamen Notenpresse für die neue Währung in Berlin eine zweite, nur von ihnen gedruckte in Leipzig hätten - was ihnen die jederzeitige Sabotage des Vorgangs erlaubt hätte.

Ende 1947 war also klar, daß eine gemeinsame Lösung für Deutschlands ökonomische Zukunft nicht möglich war, daß Westdeutschlands Mitwirkung am Wiederaufbau Westeuropas von einer westdeutschen Währungsreform abhing und daß die neue Währung nicht ohne einen verantwortlichen Staat der Deutschen existieren konnte; für die Sowjets erschien es ebenso klar, daß es ihr Interesse war, den erfolgreichen ökonomischen Wiederaufbau Westeuropas und Westdeutschlands zu verhindern. Der Anlaß zum Versuch der Verhinderung war die Einführung der neuen Westmark im noch ungeteilten Berlin zur Verwendung in seinen westlichen Bezirken; die sowjetische Antwort war die Blockade Berlins, d. h. die Verhinderung aller Zufuhr aus dem Westen nach Westberlin. Im Zuge der Proteste der Westmächte machte Stalin persönlich klar, daß wichtiger als die Währungsfrage für ihn der Abbruch des inzwischen geschaffenen "Parlamentarischen Rats" aus Vertretern der westdeutschen Länder war, der ein Grundgesetz für eine - westlich-demokratische - "Bundesrepublik Deutschland" zu schaffen im Begriffe war. Stalin wollte sein Ziel durch die Aushungerung West-Berlins erreichen; aber sowenig die Amerikaner bereit waren, die blockierten Autostraßen mit Gewalt zu nehmen, sowenig war er bereit, die amerikanischen und britischen Flugzeuge mit Lebensmitteln für Berlin unterwegs abzuschießen. Als um die Jahreswende 1948/49 Westberlin weder demoralisiert noch verhungert und das Grundgesetz der kommenden Bundesrepublik in Bonn fast abgeschlossen war, begriff Stalin, daß er die gewaltsame Kontrolle des größeren Teils Deutschlands nicht erzwingen konnte - und er hat es zeitlebens nicht mehr versucht. Die formelle Staatsgründung

des bereits kommunistisch kontrollierten Ostdeutschlands, ironisch "Deutsche Demokratische Republik" genannt, war die unvermeidliche Folge.

1949 markierte nicht nur die definitive Teilung Deutschlands zwischen dem Sowjetblock und der entstehenden amerikanisch-westeuropäischen Gemeinschaft. Im gleichen Jahr wies Stalin seine balkanischen Gesinnungsfreunde an, die Unterstützung der griechischen Aufständischen aufzugeben, die unhaltbar geworden war, nachdem Amerikaner an Englands Stelle die Unterstützung der griechischen Regierung übernommen hatten. Im gleichen Jahr kam es zu seinem erfolglosen Versuch, Tito als Führer des kommunistischen Jugoslawiens wegen Unbotmäßigkeit zu stürzen. Im gleichen Jahre zeigten die italienischen Wahlen, daß die stärkste kommunistische Partei Westeuropas nicht stark genug war, mit legalen Mitteln die Macht zu erobern, und die Regierungen Italiens und Frankreichs hatten sich schon vorher ihrer kommunistischen Mitglieder aus der frühen Nachkriegszeit entledigt. Auf der anderen Seite war die CSSR, wie sie inzwischen hieß, seit 1948 ein eindeutig kommunistisch regiertes Land geworden. Kurzum, die Grenzen zwischen West und Ost waren vier Jahre nach Kriegsende fest geworden - und sie sind es seither geblieben.

Auf der anderen Seite war 1949 nicht nur das Jahr, in dem die NATO begründet wurde. Es war auch das Jahr, in dem die Sowjetunion die erste Atombombe vorzeigte, und das Jahr, in dem die Kommunisten Chinas die Gründung ihrer Volksrepublik verkündeten. Der Gegensatz des überwiegend demokratischen und des kommunistischen Teils Europas hatte sich stabilisiert; der Konflikt der amerikanischen und sowjetischen Mächte begann, sich mehr und mehr auch in anderen Weltteilen auszubreiten.

\*

Ich habe die Entwicklung vom Beginn des ersten Weltkriegs bis zum Ende des zweiten und zur darauffolgenden Stabilisierung der europäischen Teilung - eine Periode von nicht mehr als 35

Jahren in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts - relativ ausführlich behandelt, weil sie die Zeit umfaßt, in der Europa auf, nach gegenwärtigem Ermessen, dauerhafte Weise geteilt worden ist, und aufgehört hat, das maßgebende Zentrum der Weltpolitik zu sein. Anstelle eines Versuchs, die den Zeitgenossen nächsten und vertrautesten seitherigen knapp vierzig Jahre ebenso geschichtlich darzustellen, möchte ich abschließend einige wenige Ergebnisse, Probleme, Gefahren und Chancen kurz zusammenfassen.

1. Ein wesentliches Ergebnis ist der relativ schnell und in den meisten, obwohl nicht in allen Fällen unblutig verlaufene Prozeß der Freigabe der Kolonien gewesen, dessen Unvermeidlichkeit angesichts der veränderten Weltlage von der traditionell größten Kolonialmacht, nämlich von England, zuerst erkannt wurde. Die Bemühungen, die Freundschaft der ehemaligen Kolonien zu bewahren und ihnen wirtschaftlich und kulturell weiterzuhelfen, sind nicht im gleichen Maße erfolgreich gewesen, teils aufgrund von Fehlern der interessierten Europäer - man denke an die Entwertung des kühn konzipierten British Commonwealth durch Antony Edens absurden Konflikt mit Ägypten über den Suezkanal -, teils aufgrund des massiven Eingreifens zuerst Amerikas und dann der Sowjetunion in die materielle Beeinflussung und politische Unterstützung der ehemaligen Kolonien mit verschiedenen Zielen. Eine der ernstesten neuen Konfliktursachen in Teilen der dritten Welt ist die Zunahme des islamischen Fundamentalismus in neuerer Zeit, der unter anderem durch die Entwicklung und Stärkung Israels inmitten einer primär islamischen Region, aber auch durch die besondere Resistenz großer Teile der islamischen Bevölkerungen gegen die modernen Lebensformen der europäischen und amerikanischen Welt bestimmt zu sein scheint und in seiner "fundamentalistischen" Richtung, die im Iran und in Libyen in verschiedenen Formen beherrschend, aber auch in anderen Ländern aktiv ist, zur internationalen Gefahr geworden ist.

2. Ein in der Hauptsache innereuropäisches Ergebnis ist die im

Laufe der Jahre gewachsene Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft und die ziemlich stabile Kooperation europäischer Staaten mit den USA und Kanada in der NATO. Die Leistung der NATO, in die die Bundesrepublik Deutschland 1955 aufgenommen wurde, wird am eindrucksvollsten daran deutlich, daß sie ihre Aufgabe erfüllt hat, ohne einen Krieg zu führen: ihre Mitglieder haben die Aufgabe der gemeinsamen Sicherheit gegenüber dem Gegenblock des Warschauer Pakts durch ihre organisierte Präsenz erfüllt, ohne sich verteidigen zu müssen, und haben nie daran gedacht, die andere Seite Europas anzugreifen. Gleichzeitig handelt es sich sowohl bei dem amerikanisch-westeuropäischen wie bei dem sowjetisch osteuropäischen Bündnis um Erscheinungen von historisch einzigartiger Dauer - ungeachtet des radikalen Unterschiedes in der Gestaltung ihrer Führungen und inneren Machtverhältnisse.

3. Die europäische Gemeinschaft, die verschiedenen Arten ökonomischer, kultureller und eigentlich politischer Zusammenarbeit dient, hat im Laufe ihrer Existenz ihre Mitgliederzahl verdoppelt, aber nicht ohne wiederkehrende Krisen und Schwierigkeiten. Sie ist bis Anfang der 70er Jahre auf ökonomischem Gebiet entscheidend durch die mehr oder minder keynesianische Politik der amerikanischen und westeuropäischen Staaten begünstigt worden, die einen mit der Zwischenkriegszeit unvergleichlichen, fast stetigen Aufschwung von Produktion und Einkommen möglich machte, und hat die allgemeine Chance für die gemeinsame Lebensfähigkeit genutzt. Die ökonomischen Rückschläge, die teils durch die zeitweise enorme Verteuerung des Ölmarktes, teils durch die Loslösung der USA aus dem gemeinsamen Währungssystem der Nachkriegszeit unter dem Druck ihres Vietnamkriegs und teils durch die Überholung wichtiger Industrien, wie Stahl und Schiffbau, durch billigere japanische und jüngere asiatische Produkte verursacht wurden, sind seither nur teilweise überwunden worden und haben das Ausmaß der ökonomischen Meinungsverschiedenheiten in der Europäischen Gemeinschaft erheblich verstärkt; sie haben ihre und ihrer Mitglieder

Lebensfähigkeit zwar nicht gebrochen, wohl aber einen wachsenden Ruf in der westeuropäischen Öffentlichkeit für eine Stärkung der zentralen Autorität gegenüber den Sonderinteressen der einzelnen Mitglieder hervorgebracht. Doch der erste Versuch in dieser Richtung, die direkten Wahlen zum europäischen Parlament in allen Mitgliedsländern, hat bisher zu geringe Beteiligungen und zu betonte Sonderinteressen gezeigt, um die Machtverhältnisse wesentlich zu ändern. Dagegen haben die ohne großen Apparat aufgebauten politischen Beratungen der EG-Länder bei einer Reihe internationaler Konferenzen, beginnend mit Helsinki, eine sehr wirksame gemeinsame Rolle gespielt.

4. Das ernsteste Problem, das sich heute den Europäern des Westens stellt, ist die veränderte Natur ihrer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Auf beiden Seiten des Atlantiks glauben keine verantwortlichen Politiker, daß eine Trennung von der Zusammenarbeit mit der anderen Seite möglich oder wünschenswert sei; doch im Laufe der 80er Jahre, der im Groben mit der Ära Präsident Reagans zusammenfällt, ist in der Öffentlichkeit hüben und drüben das Bild vor allem der außenpolitischen Probleme, und zum Teil auch der ökonomischen Interessen, deutlich verschieden geworden. Außenpolitisch hat sich aufgrund der kurzsichtigen Offensivpolitik, die von der sowjetischen Führung der späten Breshnew-Ära sowohl in der Dritten Welt wie in der Entwicklung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und Asien versucht wurde und seither in Europa durch zum Teil direkt auf die Sowjetunion gerichtete amerikanische Raketen beantwortet wurde, in der amerikanischen Führung die Überzeugung durchgesetzt, daß ihre und unsere Sicherheit am verlässlichsten durch ihre Überlegenheit gesichert wird und daß auch weitgehende Abrüstungsangebote der jetzigen sowjetischen Regierung, wenn sie entsprechende Rüstungsbegrenzung auf amerikanischer Seite vorschlagen, weniger Sicherheit bieten. Die Tendenz vieler, wenn auch nicht aller verantwortlicher Westeuropäer ist demgegenüber, ein endloses Wettrüsten als gefährlicher anzusehen als einen kontrollierbaren Rüstungsabbau seitens

zweier Supermächte, die beide seit langem die Absurdität eines nuklearen Weltkrieges erkannt haben. Diese Haltung vieler Europäer, die den neuen sowjetischen Waffen am unmittelbarsten ausgesetzt sind, erscheint vielen Amerikanern, die nicht nur weiter entfernt sind, sondern nie einen modernen Krieg im eigenen Lande gehabt haben, als "feige"; die Tendenz der Amerikaner zur Überlegenheit um jeden Preis, gleichgültig auf welchem Niveau, erscheint vielen Europäern als weltfremd und unverantwortlich. Die Probleme sind nicht unlösbar - viele Verantwortliche auf beiden Seiten des Atlantik sind sich ihrer bewußt und um eine bessere Verständigung bemüht. Doch sie sind beunruhigend.

Die Beunruhigung ist vom europäischen Standpunkt um so größer, weil die neue amerikanische Tendenz in Rüstungsfragen mit einer länger dauernden Veränderung der Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung und des dadurch mitbedingten kulturellen Klimas einhergeht. Die traditionelle Führungsrolle der amerikanischen Ostküste ist seit langem vorüber, der Anteil der Bevölkerung ohne traditionelle Beziehungen zu Europa ist, auch abgesehen von den vielen Einwanderern aus Asien und Südamerika, in stetigem Zunehmen. Die allgemeine Kenntnis der Außenwelt ist in der Masse der amerikanischen Bevölkerung noch wesentlich geringer als die bekanntlich nicht gerade überwältigende Kenntnis des Fernsehpublikums in Westeuropa. Um so mehr hängt für die Zusammenarbeit zwischen den USA und Westeuropa in gemeinsamen Lebensfragen davon ab, daß die Verantwortlichen auf beiden Seiten die notwendigen Kenntnisse besitzen und verwenden - und ich gestehe, daß ich mit vielen der gegenwärtigen amerikanischen Verantwortlichen nicht glücklich bin.

5. Es gibt eine andere Veränderung der letzten Jahrzehnte, die im traditionellen Sinne europäisch und schon darum nicht für sich allein entscheidend, aber dennoch potentiell wichtig ist: Ich meine die Verbesserung der Beziehungen zwischen den politisch getrennten Ost- und Westeuropäern zunächst im

menschlichen Kontakt und neuerdings zunehmend auch im offiziellen Kontakt. Es handelt sich **nicht** um Hoffnungen oder gar Ansätze zu einer Wiedervereinigung, weder im europäischen noch im spezifisch deutschen Rahmen: Gerade die Europäer aus verschiedenen Machtbereichen, die einander treffen, sei es auf privaten Reisen oder im dienstlichen Auftrag, wissen genau, wie utopisch solche Hoffnungen unter den absehbaren Bedingungen sind. Die Einwohner Westeuropas wollen in den Institutionen Westeuropas bleiben, und die Europäer Osteuropas wissen, daß sie in den ihren bleiben müssen - und wollen das Beste daraus machen. Doch es hat in den letzten fünfzehn Jahren, seit den deutschen "Ostverträgen", seit der Konferenz von Helsinki, seit der Periode der internationalen Entspannung eine enorme Zunahme der West-Ost-Besuche und eine beachtliche Zunahme der Ost-West-Besuche gegeben, die keineswegs auf die Deutschen des Ostens und Westens beschränkt waren; und das Bemerkenswerte ist, daß diese Besuche, und die entsprechenden offiziellen Kontakte, nach dem "Ende der Entspannung" in der "großen Politik" **nicht** automatisch verschwunden sind.

Wir kennen diese Veränderung am besten aus den Beziehungen der Menschen und der Institutionen zwischen den beiden deutschen Staaten - ob wir an die Lutherfeiern oder an die neuere historische Literatur der DDR oder an die Vereinbarungen über konkrete Konflikte denken. Doch es handelt sich um einen allgemeineren, wenn man will europäischen Vorgang: die Erkenntnis einer Reihe von verantwortlichen Funktionären der osteuropäischen, kommunistisch regierten Länder, daß eine stärkere Beziehung zwischen den Staaten des westlichen und des östlichen Teils Europas heute von den "Westlern" nicht mehr zur Untergrabung ihres Systems ausgenutzt wird, und daß sie neben nützlichen wirtschaftlichen Abmachungen innerhalb gewisser Grenzen auch zu einem zunehmend fruchtbaren kulturellen Austausch führen kann. Und was das neueste in Europa ist: diese ökonomischen und kulturellen Kontakte der osteuropäischen Funktionäre, Wirtschaftler und kulturellen Persönlichkeiten werden neuerdings, wiederum innerhalb

gewisser Grenzen, von der sowjetischen Führung geduldet. Ich weiß, das kann sich möglicherweise in einer verschärften weltpolitischen Situation wieder ändern. Aber es ist mehr Gemeinsamkeit der Europäer, als wir jemals seit ihrer Trennung vor vierzig Jahren gehabt haben; und es scheint nicht nur das Interesse der Sowjets an den Wirtschaftsbeziehungen auszudrücken, das wir seit langem kennen, sondern ein offenes und offiziell gebilligtes Interesse an kulturellem Kontakt ohne einseitige Propaganda, das in diesem Ausmaß neu ist. Im Falle einer dauerhafteren Normalisierung der Beziehungen der Supermächte - um das an manchen Orten verfemte Wort "Entspannung" zu vermeiden - könnte sich aus diesen Ansätzen etwas entwickeln, was eines Tages als eine Art von "kultureller Wiedervereinigung" Europas registriert werden könnte.

Das, meine Damen und Herren, wäre nicht wenig. Es wäre gewiß nicht die späte Erfüllung des politischen Traums einer Generation, die jetzt dem Ende ihres Lebens zustrebt. Aber vergessen wir nicht: Eine der größten Leistungen der europäischen Geschichte war die Aufklärung - und sie war, bei allen politischen Ideen ihrer bedeutenden Führer, im ganzen nicht ein politischer, sondern ein kultureller Vorgang. Wäre es zu bescheiden, oder zu unbescheiden, oder womöglich das unserer Zeit Angemessene, uns um eine neue kulturelle Aufklärungsrolle zu bemühen?

Ich danke Ihnen.